



IBB-Newsletter Nummer 12 vom 18.06.2016

Sondersitzung der Gemeindevertretung am 22.06.2016: Lärmschutz der Anwohner im Gewerbegebiet Brieselang Nord soll abgesenkt werden

Am kommenden Mittwoch findet im Rathaus unserer Gemeinde eine Sondersitzung der Gemeindevertretung statt (22. Juni, 19.15 Uhr, öffentliche Sitzung). Ein wichtiger Tagesordnungspunkt, der keine Aufschiebung mehr verkraftet, weil sonst der Investor Hermes abspringt, ist die Aufhebung der festgeschriebenen Lärmgrenzen im Bebauungsplans Nr. 92/1 „Gewerbegebiet WWZ Havelland“ aus 1994.

Ach nein, man beschließt nur, dass die Gemeindevertretung zur Kenntnis nimmt, die Lärmschutzgrenzen des B-Plans seien rechtswidrig und künftig sind die Grenzen der TA Lärm maßgeblich anzuwenden. Und natürlich wird die Verwaltung beauftragt, das der zuständigen Baugenehmigungsbehörde mitzuteilen.

Was wird dem Bürger hier gezielt verheimlicht? Jetzt bekommt Hermes und jeder künftige sich ansiedelnde Betrieb die Baugenehmigung auf Grundlage der gesetzlichen Mindestnormen TA Lärm.

Die Auswirkungen lassen sich aus dem Gutachten der Rechtsanwältin ableiten, **Zitat: „Die im gesamten Plangebiet festgesetzten Schalleistungspegel würden im Ergebnis lediglich die Ansiedlung von nicht störenden bzw. nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben erlauben.“** Auf Antrag der Parteien Bürger für Brieselang, CDU, SPD und DIE LINKE soll ab sofort diese die Anwohner schützende Norm aufgehoben und auf die gesetzliche Mindestnorm zurückgesetzt werden. D.h., ab sofort können bis zu den Mindestgrenzen der TA Lärm erheblich belästigende Betriebe angesiedelt werden.

Warum wohl legt Hermes so viel Wert darauf, nur die Mindestnorm der TA Lärm einhalten zu müssen? Sicher erspart es erhebliche Investitionen in zusätzlichen Lärmschutz und erhöht damit die Profite des Konzerns. Dass aber heute die klassischen Arbeiterparteien SPD und DIE LINKE den Produktionsfaktor Kapital auf Kosten des Faktors Mensch begünstigen, sollte uns zu denken geben.

In einem Rechtsstaat können nur Gerichte feststellen, ob eine Regelung rechtswidrig ist. Wenn künftig nur auf Grundlage eines einseitig bezahlten Gutachtens jede vertragliche Regelung ohne Richterbeschluss von einer Gemeindevertretung oder einem Parlament als rechtswidrig klassifiziert werden kann, könnten schon morgen die uns Arbeitnehmer einseitig begünstigenden tariflichen Regelungen von Urlaubstagen und Gehalt per Gutachten und Parlamentsbeschluss auf die Mindestnorm von 20 Tagen des Bundesurlaubsgesetzes bzw. 8,50 EUR nach dem Mindestlohngesetz zugunsten der Unternehmen aufgehoben werden.

Merken Sie sich Ihre Lärmbelästigung und prüfen Sie während und nach der Ansiedlung von Hermes, was sich für Sie geändert hat. Und dann bedenken Sie bei den nächsten Wahlen, dass die Parteien **Bürger für Brieselang, SPD, CDU und DIE LINKE** diejenigen waren, denen Sie diese Veränderung zu verdanken haben.

Selbstverständlich können Sie auf der Sitzung der Gemeindevertretung im Rahmen der Bürgerfragestunde selbst Ihre Ansichten äußern und Fragen stellen.

IBB führt Bürgerhaushalt ein

Unser Bürgermeister hat auf Grundlage eines Beschlusses der Gemeindevertretung aus 2012 (Antrag des heutigen Vorsitzenden der IBB) die gesetzliche Pflicht, ab 2014 schrittweise einen Bürgerhaushalt einzuführen. Diese Pflicht hat er bis heute nicht umgesetzt. Er weigert sich einfach, die Bürger zu beteiligen. Das ist halt die örtliche Politik der Mächtigen.

Unser Vorschlag: Wir, die IBB als Fraktion der Gemeindevertretung, führen durch die Hintertür für den Haushalt 2017 in der Gemeinde Brieselang den Bürgerhaushalt ein. Wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde, über eine Mail an die IBB Investitionen bzw. Ausgaben für Projekte in der nächsten Rechnungsperiode 2017 vorzuschlagen, die Sie bzw. Ihr im nächsten Jahr realisiert haben möchten/möchtet.

Mal sehen was passiert, wenn wir durch die Hintertür einen Bürgerhaushalt gegen die Interessen von unserem Bürgermeister und seinen Parteien Bürger für Brieselang, CDU, SPD und DIE LINKE realisieren.

Wir, die IBB, werden für den Haushalt 2017 für alle hier vorgeschlagenen Projekte entsprechende Anträge für den Haushalt in die Gremien der Gemeindevertretung einbringen. Die Vorschläge müssen aber in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen (darunter fallen z. B. keine Vorschläge, den Sold in der Bundeswehr zu erhöhen oder Autobahnen zu bauen - weil Bundespolitik), dürfen keine persönlichen Einzelinteressen verfolgen (hierzu sollte man in der Gemeindevertretung eine eigene Fraktion gründen) oder dürfen nicht rechtswidrig sein.

Positive Beispiele: Vorschlag, eine bestimmte Straße in Brieselang zu bauen, die Kita-Beiträge zu senken, einen Spielplatz in einem bestimmten Bezirk zu errichten usw.

Wer die Möglichkeit hat, den bitten wir hier, auch seine Freunde und Nachbarn anzusprechen und für diese hier Vorschläge zu unterbreiten, damit möglichst viele Bürger in den Genuss dieser Möglichkeit kommen. Schließlich sind nicht alle 12.000 Bürger im Internet vertreten, leider.

Der Haushalt wird bis Ende 2016 für 2017 aufgestellt. Daher bitten wir möglichst schnell um Vorschläge. Herr Garn hat uns Fraktionen darum gebeten, Vorschläge bis zur Sommerpause Juli / August 2016 abzugeben.

Vielen Dank für die Beteiligung. Es wäre schön, wenn durch gute und viele Vorschläge die Bürger der Gemeinde zeigen könnten, dass ein Bürgerhaushalt wirklich Sinn machen würde.

Ihre Vorschläge per Mail an: vorstand@ibb-brieselang.de

IBB gegen CETA und TTIP

CETA und TTIP - wir dürfen uns nicht länger von unseren Berufspolitikern und Parteien verkaufen lassen. Hier können wir selbst etwas unternehmen. Die IBB ist dabei, wir rufen unsere Mitglieder und Freunde auf, sich an der Aktion gegen CETA und TTIP zu beteiligen. Der Rechtsstaat und die Gerichte müssen auch weiter für unser Recht einstehen, private Schiedsstellen und Organisationen dürfen nicht unsere Grundrechte unterlaufen, die Profitgesellschaft darf nicht die Interessen von uns Bürgern hintergehen. Näheres unter:

<https://www.ceta-verfassungsbeschwerde.de/?channel=foodwatch>

Ihre IBB

Initiative für Bürgerinteresse und Bürgerbeteiligung e.V.
ViSdP: Ralf Heimann, Zilleweg 39, 14656 Brieselang